



Unser Archivbild vom Februar zeigt die Ankunft der ersten Flüchtlinge, die in der seinerzeit kurzfristig beschlagnahmten leerstehenden Familienferienstätte unterkamen. Nun hat der Rat die Weichen für eine Lösung von mindestens fünf Jahren Dauer gestellt. SZ-Archivfoto: win

## Aus Notunterkunft wird ZUE

### **Olpe Rat stimmte mit 25 zu 14 Stimmen für Verwaltungsvorlage / FDP hatte Vertagung beantragt**

**Über zwei Stunden lang diskutierte der Rat gestern engagiert und überwiegend sachlich.**

win ■ Um die Entscheidung vorwegzunehmen: Die ehemalige Kolping-Familienferienstätte wird zur Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes. Gestern Abend debattierte der Rat der Stadt Olpe weit über zwei Stunden über eine entsprechende Beschlussvorlage der Stadtverwaltung, und am Ende stand eine Abstimmung, bei der nur die SPD geschlossen war, in diesem Fall für die ZUE.

Auf Antrag der CDU wurde eine kleine, aber möglicherweise sehr entscheidende Änderung an der Beschlussvorlage vorgenommen. Aus dem Satz „Die Verwaltung wird beauftragt, das Gelände ...für einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren an das Land NRW zu vermieten“ beantragten die Christdemokraten, das Wort „zunächst“ zu streichen und damit deutlicher zu machen, dass die Entscheidung nicht nach der berühmten Salomitaktik schrittweise automatisch verlängert werden soll.

Vor restlos besetzten Zuschauerrängen – darunter viele ehrenamtliche Helfer, die in der derzeitigen Notunterkunft tätig sind – fand eine nicht alltägliche Sitzung statt. Dies wurde zu Anfang deutlich, als die FDP beantragte, die Abstimmung über die ZUE zu vertagen. Andreas Stenzel hatte für die Liberalen argumentiert, es seien noch zu viele Fragen offen, und mit einer Zustimmung zur Beschlussvorlage binde die Stadt sich für fünf Jahre und nehme sich zu viele Chancen, Fragen zu klären. Kai Bitzer (Grüne) sprach dagegen – kein Thema sei in Olpe je so ausführlich diskutiert worden –, Udo Baubkus (UCW) dagegen – in wenigen Monaten werde ein neuer Bürgermeister gewählt, und bei einer so weitreichenden Entscheidung sei es angemessen, sie vom neuen Amtsinhaber mittragen zu lassen. Der Antrag wurde mit 16 zu 23 Stimmen abgelehnt, wobei vier Christdemokraten mit dem Großteil der Opposition, die gesamte SPD aber mit dem Großteil der CDU stimmte. Am Rande kam es aber zu einer Wortmeldung von Lothar Epe (CDU), die noch lange und

deutliche Wirkung zeigen wird (siehe unteren Bericht).

Beim eigentlichen Tagesordnungspunkt erläuterte Amtsleiter Ingo Sondermann zunächst Details zur Beschlussvorlage, in der unter anderem (die SZ berichtete) angeführt wurde, gegenüber der dauerhaften Unterbringung von Flüchtlingen spare die Stadt durch eine vom Land finanzierte ZUE in fünf Jahren 11 Mill. Euro. Hauptdezernent Thomas Sommer von der Bezirksregierung Arnsberg war Gast im Rat und warb für Zustimmung: „Dass ich als Land Interesse an dieser Einrichtung mit 400 Plätzen auf fünf Jahre habe, liegt doch auf der Hand.“ CDU-Fraktionschef und Bürgermeisterkandidat Peter Weber führte aus, die „wichtige und weitreichende Entscheidung“ mache sich niemand leicht, weshalb es in der CDU auch zu keinem einheitlichen Meinungsbild gekommen sei. Für die SPD erklärte Fraktionschef Volker Reichel, die ehemalige Familienferienstätte sei ganz unabhängig von ihrer Standortkommune eine weit bessere Heimat für eine ZUE als Turnhallen oder leerstehende Schulen. „Es geht nicht ohne ZUE, und das können wir hier besser als andere.“ Kai Bitzer (Grüne) erklärte, er verstehe jeden, der gegen die ZUE stimme, aber er werde wie die SPD für den Schritt stimmen, weil das „Regenbogenland“ sehr geeignet dafür sei, kurzfristig Menschen unterzubringen und die Stadt Olpe seit der Nutzung als Notunterkunft über ein Vorzeigeobjekt verfüge. Auch die Grünen hätten sich nicht zu einem einheitlichen Meinungsbild entscheiden können.

Ebenso die UCW. „Das muss jeder Stadtverordnete für sich entscheiden“, so deren Fraktionschef Udo Baubkus.

Christian Hohn (Grüne) bemängelte, die Stadt entziehe sich der Aufgabe, Flüchtlinge zu integrieren. Auch sei die Beschlussvorlage ausschließlich betriebswirtschaftlich formuliert, was den Menschen dort nicht gerecht werde. Carsten Sieg (CDU) erklärte, er verstehe die Sorgen der Anwohner, die sich bei einem Ja zur ZUE als Verlierer fühlen müssten. Daher müsse deutlich betont werden, dass der Schritt vorübergehend sei. Frank Kreinberg (UCW) fing sich einen Ordnungsruf von Bürgermeister Horst Müller ein, als er die Brücke von Schleusern dahin zu schlagen versuchte, dass die Flüchtlinge nicht integriert, sondern an Olpe vorbeigeschleust würden. Er wies auf den demografischen Faktor hin, der die Integration von Zuwanderern notwendig mache. Die ZUE steuere dagegen.

Michael Scheffel (CDU) fand, eine ZUE sei ein erster Schritt bei der Integration von Flüchtlingen, auch wenn diese nicht in Olpe integriert werden könnten. Klaus-Martin Ohm (UCW) wies konkret darauf hin, in der Beschlussvorlage seien falsche Zahlen enthalten – Die Mieteinnahmen seien als Rohertrag angegeben, die dagegenzustellenden Ausgaben fänden sich lediglich im Nachtragshaushalt wieder. Die Verwaltung bleib eine Antwort schuldig.

Christian Reißner (CDU) berichtete, er habe sich die Unterkunft angesehen und ihm sei angesichts der Vielzahl von Betten in kleinen Schlafräumen unwohl, „ich kann einer Massenunterkunft in dieser Größenordnung nicht zustimmen“.

Am Ende sprachen sich 14 Christdemokraten, alle sieben Sozialdemokraten, zwei der UCW, ein Grüner und ein FDPler für die ZUE aus. Den 25 Ja-Stimmen standen 14 Ablehnungen gegenüber: einer von der FDP, zwei Grüne, sieben UCWler sowie Reißner, Bruni Scheele, Martina Walter und Christian Schneider von der CDU.